

Gingen, 28.02.2023

Haushaltsplan 2023 und Investitionsprogramm **- Stellungnahme der „UWG-FW“ Fraktion -**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hick, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Damen und Herren.

„Solidarisch durch die Krisen“

Womit beginnt man eine Haushaltsrede nach so einem Jahr, wie es 2022 für uns alle gewesen ist?

Niemand konnte vor einem Jahr ahnen, vor welcher tiefgreifenden Entscheidung uns das Jahr 2022 stellen würde. Am 24. Februar hat der russische Diktator Putin begonnen, die gesamte Ukraine anzugreifen. Was sich niemand von uns vorstellen konnte – ein Krieg in Europa – wurde Wirklichkeit. Unsere Vorstellung von Frieden und Sicherheit in Europa haben eine völlig neue Sichtweise erfahren. Der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen auf Deutschland, auf Europa und auf die ganze Welt.

Sind wir zu Jahresbeginn 2022 noch davon ausgegangen, dass sich die Coronakrise ihrem Ende zuneigt und wir zu mehr Normalität zurückkehren, sehen wir uns durch diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit neuen Krisen konfrontiert, auf die wir noch Antworten suchen. Energiekrise, Lieferengpässe, immer höhere Lebensmittelpreise, eine steigende Inflation – wir alle sind von den Auswirkungen betroffen. Auch in Gingen wissen viele Menschen nicht, wie sie mit ihrem Gehalt die Lebenshaltungskosten decken können.

Einen Haushalt für das Jahr 2023 angesichts der Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession zu verabschieden, ist aufgrund vieler unwägbarer Risiken eine Mammutaufgabe. Die positiv überraschende Bezuschussung durch den Bund für den Ausbau unserer Ganztagesbetreuung am 22.11.2022 und die deutlich höher als erwartet ausgefallenen Steuererträge ergaben am Ende des Jahres eine bessere Situation als für 2022 veranschlagt wurde.

Für den **Ergebnishaushalt 2023** werden zwar insgesamt fast 600.000€ mehr Einnahmen veranschlagt wie für 2022, doch dem stehen gestiegene Ausgaben gegenüber. Der größte Posten bei den Ausgaben stellen mit ca. 3.5 Mio.€ die Personalkosten dar, gefolgt von der Kreisumlage mit ca. 2.1 Mio.€ und der „FAG“-Umlage mit ca. 1,4 Mio.€. Letztendlich ist, auch aufgrund einer vorsichtigen Einschätzung der Gewerbesteuereinnahmen durch unseren Kämmerer Herr Burger, im Ergebnishaushalt mit einem Minus von ca. 990.000€ zu rechnen.

Bei dem **Finanzhaushalt**, über den die Investitionen, wie z.B. der Neubau der Hohensteinhalle, geregelt werden, sieht die Kalkulation des Kämmerers aufgrund der anstehenden Aufgaben ähnlich aus. Es werden ca. 700.000€ mehr ausgegeben als eingenommen, was mit einem Teil unseren liquiden Mitteln dann ausgeglichen werden muss.

Es muss aber hier darauf hingewiesen werden, dass im Jahr 2023 noch für die neue Hohensteinhalle 3.6 Mio.€ zu zahlen sind. Ferner werden, um hier nur die 2 weiteren kostenintensivsten Investitionen zu nennen, zur Herstellung der Straßen in den Baugebieten „Schulstraße“ und dem neuen Gewerbegebiet „Untere Schorteile V“ ca. 1.8 Mio.€ und für Grunderwerb an der Hindenburgstraße 750.000€ zu zahlen sein. Für weitere wichtige Investitionsmaßnahmen, wie z.B. beim Hochwasserschutz „Marrbach“, werden insgesamt dann nochmals ca. 1.1 Mio.€ fällig. Und es steht in den kommenden Jahren auf jeden Fall noch ein Anbau an die KiTa „Hohenstein“ und die Restinvestitionen für den Hallenneubau an, wofür dann für 2023 ca. 1.85 Mio.€ und folgend zwischen 2024 und 2026 nochmals ca. 2.25 Mio.€ an Krediten aufgenommen werden müssen. Eines ist bei diesen Investitionskosten zu berücksichtigen! Mit diesen Investitionen werden „Werte“ geschaffen. Es ist nicht verlorenes Geld.

Trotz der ca. 3.3 Mio.€ Zuschüsse, welche in den Hallenbau geflossen sind, ist die Situation aus Sicht der Verwaltung „angespannt“. Die Gemeinde hat zwar mit dem Haushaltsplan 2023 eine „geordnete finanzielle Lage“, aber die wirtschaftliche Entwicklung, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die Energiekrise sind schlecht kalkulierbare Faktoren.

Die Gemeinde muss aber, vor allem aufgrund gesetzlicher Vorgaben, in den kommenden Jahren im Ergebnishaushalt aus dem Minusbereich herauszukommen.

Die Verwaltung sieht in der Erhöhung der Hebesätze für 2024 den richtigen Weg, um ab 2024 wieder beim Ergebnishaushalt ins Plus zu gelangen und hat bereits eine Erhöhung mit in die Kalkulationen für 2024 und die folgenden Jahre einbezogen.

Ferner, so argumentiert die Verwaltung, ist die Erhöhung der Hebesätze notwendig, um voraussichtliche Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock für den Anbau der KiTa „Hohenstein“ zu bekommen.

Auch wenn derzeit viele Kommunen und Städte ihre Hebesätze erhöhen, sehen wir von der „UWG-FW“, diese Planung der Verwaltung zu diesem Zeitpunkt sehr kritisch.

Wir hatten Grundsteuer A und B zuletzt 2021 erhöht, die Gewerbesteuer aber erst 2022.

Ferner wollen wir doch möglichst schnell Gewerbe in „Untere Schorteile V“ ansiedeln und das Wohnbaugebiet „Barbaragarten 2“ verwirklichen. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten und massiv steigender Finanzierungszinsen ist eine Erhöhung der Hebesätze kein positives Zeichen für Interessenten.

Für den **Wirtschaftsplan des „Eigenbetriebs Wasserversorgung“** sieht die Situation ähnlich aus wie im Gesamthaushalt. Es ist in 2023 geplant 850.000€ an Kredit aufzunehmen, um in die Wasserversorgung zu investieren. Auch hier werden dadurch wieder Werte geschaffen. Ein Großteil fließt in die Generalsanierung der Hochbehälter Halde, die noch in vollem Gange ist. Der Hochbehälter an der „Jungviehweide“ konnte vollständig saniert, neue Wasserleitungen in der Gemeinde gebaut und in einigen Straßen alte Leitungen komplett ersetzt werden.

Fazit hier: Mit den Investitionen wird die Wasserversorgung der Gemeinde nicht nur gesichert...sondern verbessert.

Die Kredite werden bedient und in den kommenden Jahren werden sich die liquiden Mittel wieder in den positiven Bereich hinein entwickeln.

Klimawandel und Energiekrise

Herr Burger brachte im Fazit seines Vorberichtes folgendes Zitat des griechischen Staatsmannes Pittakos. (651/50 - um 570 v. Chr.):

„Der Haushalt ist der Beste, worin man nichts Überflüssiges will. Nichts Notwendiges entbehrt.“

Dies können wir unterstützen. Es ist aber zu bedenken, dass aufgrund Klimawandel und massiver Energie-Abhängigkeiten, sich sehr schnell für uns neue Notwendigkeiten ergeben können, welche wir aus Sicht der „UWG-FW“ dringend ab 2023 und den folgenden Jahren, auch bei Investitionen und Haushaltsplänen, berücksichtigen müssen.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die kommenden Haushalts- und Investitionsplanungen stellt das aktuell vorliegende VGH-Urteil dar. Wie, wann und in welcher Höhe wir uns an den Schulsanierungskosten in Geislingen und dem (Neu-) Anbau in Süßen...oder weiteren Schulträgern im Umkreis zu beteiligen haben, muss abgewartet...aber als Belastungsfaktor... mitberücksichtigt werden.

„Klimawandel - handeln bevor es zu spät ist“

Die drohende Klimakatastrophe und der Verlust der biologischen Vielfalt stellen eine Bedrohung für die Menschheit dar und fordern dringend Lösungen, bevor es zu spät ist. Beide Krisen hängen zusammen, verstärken sich gegenseitig und müssen darum auch gemeinsam angegangen werden. Wir müssen endlich handeln. Wir alle spüren inzwischen die Folgen des Klimawandels immer häufiger:

Starkregenereignisse, Überflutungen, Stürme sowie Hitzewellen und langanhaltende Trockenheit wie im vergangenen Sommer. Städte, Gemeinden und Kreise müssen sich schnellstmöglich an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen und sich wappnen. Eine solche erforderliche Maßnahme ist der **Ausbau des „Marrbach“**, um weitere Überflutungen zu vermeiden und die HQ100-Kartierung auf unserer Gemarkung zu verbessern.

Doch das ist noch nicht genug. Im Fachblatt („die:gemeinde“) für Städte und Kommunen wird in einem Artikel darauf hingewiesen, dass die Gemeinden aufgrund des Klimawandels und der hohen Sommertemperaturen zukünftig für viel Schatten, z.B. durch Baumbepflanzung und auch für öffentliche Trinkwasserstellen sorgen sollen.

Wir, die „UWG-FW“, hatten schon einmal das **Einrichten einer öffentlichen Trinkstelle** im Rahmen „Tourismus, Albraufgänger & Fahrrad-Filstalroute“ als Vorschlag gebracht. Die Verwaltung sollte sich Gedanken machen, an welchen zentralen, günstigen Orten solche Trinkwasserspender errichtet werden könnten.

Ferner bitten wir die Gemeindeverwaltung zu überprüfen, mit welchen Maßnahmen sich die **Beschattung in öffentlichen Bereichen**, z.B. auf

dem Platz vor der Hohensteinschule und -halle, am Bahnhof und der Hindenburgstraße im Rahmen der Ortskernsanierung verbessern lassen. Außerdem ist zu untersuchen, auf welchen Spielplätzen und Spielflächen von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht genügend beschattete Spielflächen vorhanden sind, um die entsprechenden Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Mehr Schatten könnte in den nächsten Jahren z.B. durch ein **Projekt „100 Bäume für Gingen“** angestrebt werden. Es könnten die Bäume evtl. durch Spenden aus der Einwohnerschaft (teil)finanziert werden. Eine schnelle Lösung bezgl. Beschattung benötigen wir aber auf jeden Fall an den Kinderspiel-Plätzen z.B. im „Marrbach Öschle“ und am Ebereschenweg. Außerdem aufgrund der Baumfällung bei der Hohensteinschule.

Wir, die „UWG-FW“, haben für die Beschattung dieser Bereiche einen Antrag für Beschattungsmaßnahmen eingereicht.

Auch müssen wir darauf achten, dass Bäume auf Privatgrundstücken zukünftig nicht ohne Grund gefällt werden. Auch sie sind ein wichtiger Beitrag zu einem besseren Klima und Sonnenschutz in der Gemeinde. In Gingen gibt es bisher keine **Baumschutzverordnung**, um den Erhalt dieser Bäume zu gewährleisten.

Es sollte aus Sicht der „UWG-FW“ als Tagesordnungspunkt in eine Gemeinderatssitzung in 2023 aufgenommen werden.

„Energiekrise und Energie(einspar)maßnahmen“

Herr Burger hatte im Vorbericht zum Haushaltsplan 2023 darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Energiekrise und deren (wirtschaftliche) Auswirkungen schwer einzuschätzen sind. Die Energiekrise hat uns in Deutschland mehrere Tatsachen massiv vor Augen geführt:

- 1.) Wir sind zu sehr abhängig von ausländischen Lieferanten von Energie-Rohstoffen
- 2.) Wir lebten bisher mit einem „luxuriösen“ Stromverbrauch
- 3.) Massiv ansteigende Energiepreise bringen viele Mitmenschen schnell an Ihre finanziellen und somit existentiellen Grenzen.

Gingen hat aus Sicht der „UWG-FW“ bereits einige vorbildliche Maßnahmen umgesetzt. Z.B bringt die nächtliche Reduzierung der Straßenbeleuchtung in Gingen bei der aktuellen Regelung eine Energieeinsparung von ca. 45.000 kWh, bzw. von ca. 18.000€ pro Jahr.

Ferner wurden und werden öffentliche Gebäude mit PV-Anlagen bestückt, saniert und besser isoliert.

Doch dies kann nur ein erster Schritt sein, weitere Maßnahmen müssen in den kommenden Jahren und langfristig folgen, zumal es verstärkt Fördergelder, bzw. zinsgünstige Kredite von Bund und Land gibt.

So sollten wir die Umrüstung der Straßenlaternen auf LED schnellstmöglich, bzw. innerhalb weniger Jahre durchführen...und nicht erst, wenn eine Straße zur Sanierung ansteht. Das kann ansonsten Jahrzehnte dauern.

Zumindest sollte 2023 dann die **Dammstraße** endlich LED-Lampen erhalten. Dies war von uns bereits 2022 ein Antrag und die Verwaltung erklärte in ihrer Stellungnahme, dass man sich eine Umsetzung in 2023 vorstellen könnte.

Ferner sollte aber zeitnah eine „**Energie- und CO² Bilanz**“ erstellt werden, um zu erfahren wo und wie weitere Einspar-, bzw. Verbesserungspotentiale in der Gemeinde bestehen.

Wir von der „UWG-FW“ haben deshalb den Antrag auf Erstellung einer solchen Bilanz gestellt, zumal die Kosten von 5.000 – 6.000€ zu 75% durch einen Zuschuss über das Programm „Klimaschutz Plus“ abgedeckt werden können.

Die Ergebnisse, bzw. allgemeinen Maßnahmenvorschläge könnten auch unseren Mitmenschen bereitgestellt werden.

Hinweis: Die **kommunale Wärmeplanung** ist laut Klimaschutzgesetz des Landes auch für Gingen eine Pflichtaufgabe. Ziel ist die treibhausgasneutrale Wärmeversorgung in ganz Gingen bis 2040. Auf die ersten Ergebnisse sind wir gespannt und auf die daraus abzuleitenden Maßnahmen noch mehr. Allerdings ist die Sanierung eines städtischen Gebäudes pro Jahr, wie bisher von der Gemeinde geplant, zu langsam, um die Klimaziele zu erreichen. Pro Jahr müssen mindestens zwei Maßnahmen zur Wärmesanieung angegangen werden.

Mit Energieeinspar- und Wärmedämmmaßnahmen ist es aber nicht getan.

Es müssen auch Möglichkeiten, bzw. Lösungen erarbeitet werden, wie wir in Gingen für die Zukunft möglichst autark von Stromproduzenten und -anbietern werden können. Viele Kommunen sind bereits an dem Thema dran, bzw. haben es vor.

Wir haben Flächen, wir haben Wasserquellen, wir haben Wind und wir haben (eventuell genug) Biomasse, um mögliche Lösungen zu finden.

Wir schlagen deshalb vor, einen **Workshop „Energieautarkes Gingen“** zu bilden, welcher mit Unterstützung von Experten Ergebnisse

erarbeiten, ob, bzw. wie wir einen hohen Grad an „Energieautarkie“ erreichen können.

So könnte z.B. für unseren Teil des „IKG-Auen“ ein Solar-Freifeld überlegt werden.

Es könnten auch Überlegungen verfolgt werden, gemeinsam mit anderen Kommunen oder sogar mit dem Kreis auf geeigneten Flächen zentrale Lösungen anzustreben.

Mobilität, Tempo 30 und ÖPNV

Ein Großteil des Treibhausgasausstoßes in Deutschland entsteht durch den Verkehr. Anders als in anderen Bereichen sind die CO₂-Emissionen des Verkehrs seit 1990 nicht gesunken. Wir sollten für Gingen eine „**Umsetzungsstrategie Mobilität**“ für einen optimalen und aufeinander abgestimmten Mix an Mobilitätsangeboten entwickeln und schnelle, einfache und klimaschonende Mobilität in der Kombination von Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr ermöglichen.

Es gibt einige Änderungen in der gesundheitlichen Bewertung von Lärm, was dazu führt, dass viele Straßenabschnitte mit Tempo 30 ausgewiesen werden konnten. Wir haben schon vor einigen Jahren mit der Gemeindeinitiative „Tempo 30 in ganz Gingen“ einen wesentlichen Teil zur Lärm- und Unfallreduzierung und auch zum Thema Klimawandel, bzw. Klimaschutz in Gingen beigetragen.

Auch die Verkehrsberuhigung (Inseln) im Bereich der Ortskernsanierung Hindenburgstraße wird einen wesentlichen Teil dazu beitragen.

Tempo-30-Zonen können, wie in der Vergangenheit schon geschehen, zu Konflikten mit den Busverkehren führen. Generell müssen aus unserer Sicht alle Busverkehre bei der nächsten Überprüfung und der Vergabe optimiert werden. Linienführung und Taktung müssen deutlich verbessert und den neuen Rahmenbedingungen im ÖPNV angepasst werden. Um mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu bewegen, müssen bei vielen Buslinien, eine zeitlich optimale Anbindung an die Zugverbindungen erreicht werden. Buslinien mit mehrstündigem Abstand/Takt sind im mobilen Arbeitsalltag schwer unterzubringen und überzeugen niemanden, vom Auto auf den klimaschonenderen öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Busverkehr muss attraktiv werden.

Dazu gehören dann auch „Echtzeitanzeiger (DFI-light)“ welche die nächsten Verbindungen anzeigen, angebracht an den Haltestellen und am Bahnhof.

Auch möglich wäre über diverse günstige „Verbundfahrkarten“ im gesamten Kreis oder Zuschüsse für Kindergarten- und Schulausflüge per ÖPNV die Attraktivität zu steigern.

Die Gingenener Verwaltung war in den vergangenen Jahren bei diesem Thema sehr aufmerksam und aktiv. Wir stellen formal den Antrag, dass dieses Engagement der Verwaltung weitergeführt wird, mit verstärktem Druck auf die Verantwortlichen des ÖPNV.

Schule und Kinderbetreuung

Die aktuelle Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hat aufgezeigt, dass die Leistungen der Grundschüler:innen in den letzten Jahren bundes- und landesweit zurückgegangen sind. In Baden-Württemberg verfehlt fast jedes fünfte Kind die Mindeststandards in den Fächern Deutsch und Mathematik.

Natürlich ist ein modernes Schulhaus allein kein Garant für Lernerfolge. Studien legen aber dar, dass Bildungserfolge auch infrastrukturelle Voraussetzungen haben und moderne Schulen eine wichtige Voraussetzung für ein leistungsstarkes Bildungssystem sind. Hier ist Gingen seit einigen Jahren auf einem vorbildlichen Weg und hat mit Investitionen in Millionenhöhe in die Schulsanierung und der Realisierung der KITA Hohenstein und des Naturkindergartens sehr viel getan.

Der auch für die Ganztagsbetreuung erforderliche Neubau der Hohensteinhalle und die zeitnahe Erweiterung der KITA Hohenstein stehen als nächstes auf dem Plan. Mit dem Abriss der alten Sporthalle in Gingen und der geplanten Einweihung der neuen Halle Anfang 2024 werden die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die Kinderbetreuungssituation in Gingen ist für viele Eltern ein Grund zu großer Sorge. Durch den Personalmangel in der Kinderbetreuung konnten im vergangenen Jahr nicht überall durchgängig die Betreuungszeiten eingehalten werden. Von den Familien, die keinen Platz erhalten hatten oder lange Zeit mit ungewissem Ausgang auf eine Zusage warten müssen, ganz zu schweigen. Dabei stehen oft auch die berufliche und finanzielle Zukunft mit auf dem Spiel, die von den dringend benötigten Plätzen abhängt. In dem Zusammenhang war es die richtige Entscheidung seitens der Gemeinde, die Betreuungsgebühren im kommenden Haushalt trotz gestiegener Kosten nur moderat zu erhöhen. Eine zusätzliche Belastung der Eltern in diesen Zeiten und

unter diesen Umständen wäre nicht zumutbar, zumal wir uns auf einem stetig schnell steigenden Gebührenniveau befinden.

Um die Betreuungsplatzsituation zu verbessern, hatte der Gemeinderat einige neue Projekte in der Kinderbetreuung bewilligt, wie den Neubau des Naturkindergartens 2022 oder die Erweiterung der KITA Hohenstein, seien als einige aktuelle Beispiele genannt.

Kampagne: „Gemeinde Gingen als attraktiver Arbeitgeber“

Wie im vorigen Punkt beschrieben, versuchen alle Beteiligten mit allen Mitteln die Kinderbetreuung optimal zu gestalten.

Doch Räume allein genügen nicht, unsere Gemeinde braucht für die Kinderbetreuung auch ausreichendes und qualifiziertes Personal.

Hier sollten wir dringend mit einer Kampagne aktiv werden, welche die Gemeinde Gingen als Arbeitgeber attraktiver macht. Das „Humankapital“ der Mitarbeiter: innen, vor Allem im Bereich der Kinderbetreuung, ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein für unsere Gemeinde und muss aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre dringend nachjustiert werden. Die im letzten Jahr notgedrungen veranlassten Schließungen unserer Betreuungseinrichtungen, welcher auf ständigen Personalmangel (krankheitsbedingte Ausfallzeiten der Mitarbeiter, Mutterschutz und Arbeitsplatzwechsel) zurückzuführen waren, darf den gesetzlichen Anspruch unserer Kinder in der Gemeinde nicht leerlaufen lassen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, deutlich mehr neue Betreuungs- und Verwaltungskräfte anzustellen, zu qualifizieren und mehr auszubilden.

Wie wissenschaftliche Studien zeigen (Hinweis siehe „die:gemeinde“, Februar 2023, Artikel „Wettrennen um Fachkräfte“, S.31), ist ein finanzieller Anreiz in seiner Wirkung schnell verpufft. Heute muss der Arbeitgeber über die sozialen Medien mit „ansprechender“ Werbung auf die Fachkräfte zugehen. Stellenausschreibungen im klassischen Sinn sind „out“.

Dasselbe gilt für den Erhalt des vorhandenen Personals. Hier sind außer finanziellen Anreizen auch ansprechende Zusatzangebote gefragt. Ein eventuell möglicher weiterer Ansatz zur Personalsicherung im Verwaltungs- wie auch dem Betreuungsbereich könnte sein, mehr attraktive Ausbildungsstellen zu schaffen.

Wir, die „UWG-FW“, stellen bezgl. der Personalsituation deshalb den Antrag an die Verwaltung eine Kampagne zu starten, mit der die Gemeinde Gingen als attraktiver Arbeitgeber bekannt und gefragt sein wird.

Kinder und Jugendliche: Projekt „Jungsein in Gingen“

Für Kinder und Jugendliche wird in Gingen in Bezug auf Schule und Kinderbetreuung bereits sehr viel getan.

Im Freizeitbereich sind hingegen hauptsächlich die Vereine mit ihrer Jugendarbeit gefragt.

Mit dem „Schnapperdörfle“ gibt es ein „Highlight“ welches seit Jahren, vor allem aufgrund der engagierten Ehrenamtlichen und der Sponsoren, erfolgreich und ein über die Gemeinde hinaus bekanntes Ferienangebot darstellt. Doch dieses Angebot dauert nur 1-2 Wochen und ist ein Angebot für Kinder bis 14 Jahre.

Ein weiteres Angebot, welches engagierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Unterstützung der Gemeinde realisieren konnten ist der „Dirt Bike Park“.

Doch das war es dann schon mit Freizeitangeboten.

Wir von der „UWG-FW“ hatten jahrelang immer wieder mit unterschiedlichen Anträgen versucht bei der Verwaltung Projekte anzuregen, welche in Zusammenarbeit mit z.B. dem Kreisjugendring die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen abfragt und mit ihnen umsetzt. Diese scheiterten vor Allem daran, da die Verwaltung die Meinung vertritt, dass hier erst einmal ein initiales Engagement von den Jugendlichen selbst kommen müsse, damit sich etwas erfolgreich entwickelt.

Dass es aber auch anders geht, das hat die **Gemeinde Alfdorf** gezeigt. Dort startete die Verwaltung die Initiative und ging selbst auf die Jugendlichen zu.

In Zusammenarbeit mit Gemeinderäten, Jugendbetreuern der Vereine, Vertretern des Kreisjugendamtes und den Jugendlichen selbst wurden Angebote und Räume geschaffen, welche den Wünschen der Jugendlichen entsprachen.

Wir beantragen einen Austausch mit den Verantwortlichen der Gemeinde Alfdorf zum Vorstellen ihres Projektes, mit der Zielsetzung ein eigenes, auf Gingen zugeschnittenes Projekt daraus zu entwickeln.

Wir von der „UWG-FW“ sind der Meinung, dass ein solches Projekt für unsere Gemeinde und die Jugendlichen positive Ergebnisse bringen wird.

Eventuell könnten dadurch wildes Sprayen oder Vandalismus (z.B. am Sängenheim) reduziert werden.

Wir hatten jahrelang beantragt, dass für das **Areal Schulhof, „roter“ und grüner Platz“ ein Konzept** zur Neugestaltung erstellt wird. Und zwar unter Beteiligung von Schüler:innen und Jugendlichen. Das

Gelände ist von Jugendlichen gut genutzt. Wir könnten uns vorstellen, dass die Jugendlichen hier für eine Gestaltung interessante Ideen beitragen könnten...zumindest für den Bereich des „roten Platzes“. Doch viel ist von unserem ursprünglich gewünschten Gestaltungsbereich Schulhof, „roter“ und „grüner Platz“ nicht mehr übriggeblieben.

Und was wir nicht vergessen dürfen:

Sollte die geplante Änderung kommen und Jugendliche ab16 können in den Gemeinderat gewählt werden, dann brauchen wir Jugendliche, welche das Prinzip kommunaler Arbeit, Verantwortung und der „demokratischen Willensbildung“, z.B. über ein solches Projekt, kennenlernen können.

Wohnbebauung

Im **Baugebiet „Schulstraße“** werden derzeit noch die Straßen hergestellt, so dass anschließend die Grundstücksbebauung starten kann. Nach dem letzten aktuellen Wissensstand waren für fast alle Grundstücke Kaufzusagen vorhanden. Die Ausschreibung für die Investoren-Fläche ist aktuell noch im Gange und wir warten auf die Angebote der Bewerber. Das ist in der aktuellen Situation ein sehr gutes Ergebnis. Andere Kommunen haben aufgrund der massiven Preis- und Kreditzinsanstiege größere Probleme ihre Grundstücke zu verkaufen. Dass die Interessenten derzeit vorsichtig sind, ist nur verständlich.

Aufgrund der aktuellen Situation für Bauwillige gehen wir davon aus, dass die Nachfrage nach Grundstücken für Ein- und Zweifamilienhäuser in den kommenden Jahren rückläufig sein wird.

Es fehlen aber laut der letzten aktuellen Erhebung 700.000 Wohnungen in Deutschland. Auch hier ist die Gemeinde bereits aktiv und es gibt im Gemeindegebiet Interesse von Investoren, welche Mehrfamilienhäuser bauen wollen.

Doch wir von der „UWG-FW“ sind der Ansicht, dass auch wir als Gemeinde weitere Voraussetzungen schaffen müssen, damit staatlich geförderte Mietwohnungen, Senioren-WGs und sozialer Wohnungsbau realisiert werden können.

Aufgrund unserer Einschätzung, dass die Nachfrage nach Eigenheimen in den kommenden Jahren „schwächeln“ wird, sehen wir im geplanten Wohngebiet „Barbaragarten 2“ Möglichkeiten für diese Arten Wohnraumschaffung.

Deshalb beantragen wir den Bebauungsplan für den „Barbaragarten 2“ dahingehend auf Möglichkeiten zu prüfen, ein Konzept dafür zu erarbeiten und den Bebauungsplan danach auszurichten.

Eine andere Art der Wohnbebauung in Form eines 2. Pflegeheims wird aktuell auf dem Gelände der katholischen Kirchengemeinde umgesetzt. Somit gibt es dann in Gingen 2 Pflegeheime. Wir sind gespannt, wie sich das Gebäude in die umliegende Wohnbebauung einfügen wird. Wir wünschen dem Träger dabei viel Erfolg.

Leider gibt es in der Gemeinde noch einige wenige Straßen, welche, trotz jahrzehntealter existierender Wohnbebauung, noch nicht voll erschlossen zu sein scheinen. Diese müssen, auch aufgrund Schäden im Untergrund und beim Straßenaufbau, hergestellt werden. Nun besteht hier eine für alle Beteiligten, Anwohner wie auch Gemeinde, unangenehme Situation.

Die Gemeinde muss hier tätig werden, auch um eine Verschlimmerung der Situation und die Gefahr einer Grundwasserverschmutzung zu vermeiden.

Die Anwohner stehen vor der Situation, dass nun zum Teil hohe Erschließungskosten auf sie zukommen werden... und das, Jahrzehnte nach dem Bau, bzw. dem Kauf der Häuser. Hier sind wir nun alle gefragt. Auch wenn es nach Außen nicht den Anschein hat, aber Verwaltung und auch wir Gemeinderäte sind uns der Problematik bewusst. Deshalb müssen wir gemeinsam einen Weg finden, der den rechtlichen Vorgaben gerecht wird, aber auch die Belange aller Beteiligten so gut wie möglich berücksichtigt, bzw. diesen gerecht wird. Eines dürfen wir bei diesem Thema nicht vergessen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass das Prinzip der „Gleichbehandlung“ innerhalb der Gemeinde berücksichtigt wird.

Gewerbe und Industrie

Die **Erschließung des Gewerbegebietes „Untere Schorteile V“** startet nun.

Nachdem „hoffentlich“ die letzten Eidechsen vergrämt wurden, erhoffen wir uns eine zügige Vermarktung der Grundstücke und eine gute gewerbliche Durchmischung, welche möglichst viele Arbeitsplätze unterschiedlichster Berufe in unserer Gemeinde schaffen wird.

Nachdem der **Zweckverband „Gewerbepark Lautertal“** aufgelöst wird und die Zukunft des interkommunalen Gewerbegebietes mit Süßen, **„IKG-Auen“** immer unwahrscheinlicher wird, müssen wir uns auf ein mögliches **Gewerbegebiet „Unter der Steingrube“** konzentrieren. Bereits im vergangenen Jahr bekam die Verwaltung vom Gemeinderat den Auftrag die Möglichkeiten einer Realisierung auszuloten. Da nun die Gemeinde Gingen auf ihrem Teil des „IKG-Auen“ bzgl. Nutzung festsetzt und eine Verwirklichung des „IKG-Auen“ zusammen mit Süßen fraglich ist, sollte nach unserer Ansicht von der Verwaltung geprüft werden, ob **unser Teil des „IKG-Auen“** in ein mögliches Gewerbegebiet „Unter der Steingrube“ eingebunden werden könnte. Diesbezüglich haben wir für 2023 einen Antrag ins Gremium eingebracht.

Geht dies nicht, dann soll geprüft werden, ob wir auf unserem Teil des Gebietes „Auen“ z.B. ein Solar-Freifeld errichten können, dessen Strom der Gemeinde Gingen zugutekommt. Es könnte hier auch eine neue „Bürgersolaranlage“ entstehen, dessen Strom direkt von Gingenern verbraucht...oder verkauft wird.

Eine Anmerkung zu der Idee:

Neueste Studien haben ergeben, dass sich in Solarfreifeldanlagen eine Vielfalt an Tieren und Pflanzen ansiedelt, welche an anderen Orten nicht mehr existent sind. Außerdem kann eine solche Fläche als Weide für Schafe und Ziegen dienen.

Sollte das „IKG-Auen“ mit Süßen nicht zustande kommen, dann müssten doch die Gegner des „IKG-Auen“ im Süßener Gemeinderat ein solches Angebot begrüßen.

Auch wenn die Ansiedlung von Gewerbe im Gebiet „Untere Schorteile V“ erfolgreich werden sollte, im Bereich Einzelhandel und Gastronomie treffen auch unsere Gemeinde die Auswirkungen der Kostensteigerungen und des Fachkräftemangels. Wir müssen darauf achten, dass wir die Geschäfte im Ort erhalten können, bzw. evtl. neue Angebote herlocken können. Vor Allem bei der Gastronomie sieht es für einen Ort mit 4.550 Einwohner:innen äußerst schlecht aus.

Hier ist dringend Handlungsbedarf. Nicht dass wir in den nächsten Jahren plötzlich ohne entsprechende Lokalitäten dastehen. ... Das darf nicht sein!

Geschäfte und Gaststätten haben eine große Bedeutung für das gemeinschaftliche Leben in unserer Gemeinde. Und es ist ein wichtiger Aspekt, um den Wohn- und Arbeitsort Gingen für Interessierte attraktiv zu machen.

Um ein „**Konzept zum Erhalt und Ansiedlung von Einzelhandel und Gastronomie**“ zu erarbeiten sollte ein Workshop mit dem Gewerbeverein, Einzelhandel und Gastronomen (auch den nebenberuflichen) und interessierten Mitgliedern des Gemeinderats durchgeführt werden. Eventuell könnte zum Thema „Gastronomie“ eine Zusammenarbeit mit der „Dehoga“, dem deutschen „Handels- und Gastronomieverband, helfen, mögliche Interessierte zu finden, bzw. Zukunftsperspektiven zu erarbeiten.

Wir hatten diesen Antrag bereits 2022 gestellt, geben ihn aber für 2023 erneut zur Diskussion, da auch die Verwaltung nicht abgeneigt war, aber aufgrund der Pandemie das Thema auf 2023 verschieben wollte.

Kultur und Tourismus

Pilotprojekt: Jährliches „Silvester-Gemeindefeuerwerk“

Aktuelle Themen in Zusammenhang mit den bundesweiten Vorkommnissen in der Silvesternacht 2022 sind Anlass für diesen Antrag. Die Vorfälle in Rechberghausen haben gezeigt, dass nicht nur Großstädte von dem Phänomen betroffen sind.

Während vielerorts diskutiert wird, ob Silvesterfeuerwerke zukünftig verboten werden sollten, denken wir, dass dies der falsche Weg ist. Wir sind der Ansicht, dass wir eine andere Richtung einschlagen sollten und mit finanzieller Beteiligung möglichst vieler Einwohner ein großes professionelles Feuerwerk veranstalten. Die Gemeinde steuert auch einen diversen, noch festzulegenden Betrag bei.

Hier könnte Gingen mit diesem „Pilotprojekt“ eine Vorreiterrolle einnehmen.

Es soll, so auch in unserem Antrag formuliert, über dieses „Pilotprojekt“ angeregt werden, dass eine Vielzahl an Einwohnern auf eigenes Feuerwerk verzichten und sich dafür an dem „Gemeindefeuerwerk“ beteiligen. Dadurch könnte möglicherweise auch die Feinstaubmenge an Silvester in Gingen reduziert werden.

Je mehr Einwohner sich finanziell beteiligen, desto außergewöhnlicher wird das Feuerwerk. Verletzungsgefahren werden reduziert.

Das Böllern und Feuerwerken im gesamten Gemeindegebiet und somit die Ortsverschmutzung könnte eventuell reduziert werden. Ferner wird der Lärmstress für die (Haus-)Tiere im Gemeindegebiet reduziert.

Es könnte z.B. als „Gemeinde-Event“ über den „KSK“ organisiert werden und durch den Betrieb mehrerer Stände mit Getränken und Snacks könnten die Vereine / der „KSK“ Einnahmen generieren.

Sicherheit

„Objektschutz öffentlicher Anlagen“

Es wird immer wichtiger, die öffentlichen Einrichtungen gegen Beschädigungen, Diebstahl oder unberechtigtem Zugang zu sichern, bzw. zumindest diese zu überwachen. Der Kupferdiebstahl beim eigenen Wasserversorgungsbetrieb am Grünenberg oder am Fahrradstellplatz, bzw. die wiederholte Beschädigung des Fahrkartenautomaten am Bahnhof sind beste Beispiele.

Wie in der GZ vom 18.02. zu lesen war, hat nun Böhmenkirch entschieden an verschiedensten Plätzen eine Videoüberwachung einzurichten.

Natürlich muss dies im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben erfolgen und nur dort, wo es notwendig ist, denn wir wollen keine

„Überwachungsgemeinde“ werden.

Ferner könnte eine stufenweise Umsetzung in den kommenden Jahren erfolgen.

Beginnend damit, dass Überwachungskameras an den kritischsten Einrichtungen angebracht werden. Weitere Maßnahmen in den nächsten Jahren sollten, wenn notwendig, folgen.

Terminplanung/-festlegung Umsetzung beschlossener Anträge

In den vergangenen Jahren wurden einige Haushaltsanträge der Fraktionen vom Gremium beschlossen, sind aber bis heute noch nicht oder nicht vollständig umgesetzt.

Bereits 2022 wurde der Antrag angenommen, den Bearbeitungsstatus der beschlossenen Anträge 2 x im Jahr im Gemeinderat zu kommunizieren, um einen Überblick zu behalten. Dies fand aber nicht statt, vermutlich aufgrund der Auslastung und der Personalsituation in der Verwaltung.

Wir beantragen nun, um den Verlauf der beschlossenen Anträge besser im „Blick zu halten“, ergänzend eine Terminplanung (und deren Dokumentation) für die Umsetzung der beschlossenen, aber noch nicht abgeschlossenen Anträge. Diese Planung soll in „Abhängigkeit“ mit der bestehenden und zu erwartenden Personalsituation erfolgen. Der Bearbeitungsstand wird dann, wie bereits 2022 beschlossen, 2x im Jahr, im Juni und November, im Gemeinderat vorgestellt.

Zum guten Schluss

Im Namen der Fraktion „UWG-FW“ bedanken wir uns bei Herrn Bürgermeister Hick sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der

Gemeinde für den hohen Einsatz und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Ein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Herrn Burger, der mit dem Haushaltsplan 2023 eine grundsätzliche Finanzplanung vorgestellt hat.

Unser Dank gilt auch allen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir wünschen uns, dass wir auch in diesem Jahr wieder offen und sachlich diskutieren.

Ein Dank auch an alle Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement in vielen Bereichen und für Beiträge, Anregungen und die intensive Mitwirkung an den Veranstaltungen, bei denen es um die Zukunft und das Wohlbefinden unserer Gemeinde und der Menschen in unserer Gemeinschaft ging.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Bernd Groeneveld

(Fraktionsvorsitzender der „UWG-FW“)

Im Namen der „UWG-FW“-Fraktion